

Christoph Werth

20 Jahre deutsche Einheit – Einsichten und Rückblicke

Norbert Lammert: *Einigkeit. Und Recht. Und Freiheit. 20 Blicke auf unser Land*, Herder-Verlag, Freiburg i. Br. 2010, 220 Seiten, 17,95 Euro.

Lothar de Maizière: *„Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen.“ Meine Geschichte der deutschen Einheit*, Herder-Verlag, Freiburg i. Br. 2010, 340 Seiten, 19,95 Euro.

Joachim Linck: *Wie ein Landtag laufen lernte. Erinnerungen eines westdeutschen Aufbauhelfers in Thüringen*, Böhlau-Verlag, Köln/Weimar 2010, 243 Seiten, 22,90 Euro.

Martin Sabrow (Hrsg.): *Bewältigte Diktaturvergangenheit? 20 Jahre DDR-Aufarbeitung*, Reihe Helmstedter Colloquium, Heft 12, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2010, 132, Seiten, 13,00 Euro.

„Deutschland hatte seine Geschichte nie für sich allein“, meint Norbert Lammert. Dabei ist ihm

mit Blick auf Frankreich, Polen und Israel klar, dass Freundschaften ein Geschenk sind, „auf das es keinen Anspruch gibt“. Mit seinem Buch *Einigkeit. Und Recht. Und Freiheit. 20 Blicke auf unser Land* legt er ein vielschichtiges Kaleidoskop politischer Themen und Einsichten vor, wobei er sich als ein klug reflektierender, ebenso nachdenklicher wie geschichtsbewusster Politiker erweist.

Besonders am Herzen liegt ihm das Gelingen der parlamentarischen Demokratie. Das Grundgesetz habe dem Parlament zum ersten Mal in der deutschen Verfassungsgeschichte „die entscheidende Position im Verfassungsgefüge eingeräumt“ – nicht zuletzt deshalb, weil der Bundestag das einzige unmittelbar vom Volk demokratisch legitimierte Verfassungsorgan sei. Gerade auch die Bezeichnung „Bonner Republik“ sei im In- und Ausland „immer mehr zu einem Qualitätsmerkmal“ geworden. Dass Berlin in mancherlei Hinsicht

„Bonn geblieben“ sei, findet Lammert dabei durchaus „beruhigend“.

Bei der politischen Kultur der Bonner Republik sieht er neben heftigen Auseinandersetzungen doch „stets auch die Bereitschaft zum Kompromiss und die Kraft zur Integration“. Was „Politikverdrossenheit“ genannt werde, versteht Lammert als „Ausdruck eines gereiften Urteilsvermögens“, zwischen den Prinzipien des Grundgesetzes und der „alltäglichen Praxis unterscheiden zu können“. Gegen die verbreitete deutsche Harmoniesucht setzt Lammert den Befund, Demokratie sei durchaus *kein* Verfahren zur Vermeidung von Streit. Demokratische Lösungen seien eben nicht „durch autoritäre Kommandos“ oder im Hausrückverfahren zu haben.

An die Adresse der Politik gerichtet, stellt er allerdings auch fest, dass die Distanz der Bevölkerung zu den Führungseliten aus Wirtschaft und Politik „heute beunruhigend groß geworden“ sei. An

der Kommunikation zwischen Politik und Bürger gebe es „ganz sicher manches zu verbessern“, räumt er ein, die Politik müsse „kontinuierliche Überzeugungsarbeit leisten“. Dabei konstatiert er ein „tiefes Unbehagen gegenüber den Parteien“. Vor diesem Hintergrund lohne es durchaus, über einen stärkeren Einfluss der Wähler auf die Reihenfolge der auf den Parteilisten berücksichtigten Kandidaten nachzudenken.

Plebiszite hält Lammert nur da für sinnvoll, wo es um wichtige und zugleich überschaubare Fragen gehe, die sich auf eine Ja-Nein-Entscheidung reduzieren ließen. Bei komplexeren Entscheidungen sei das System der repräsentativen Demokratie dagegen besser geeignet. Schließlich wären, wie Lammert zu Recht bemerkt, die großen Richtungsentscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik „wohl ausnahmslos nicht über Plebiszite herbeizuführen beziehungsweise durchzusetzen gewesen“.

Zudem habe der Bundestag den Vorteil, dass er für das ganze Land verbindliche Entscheidungen treffe, während etwa die „inflationäre Vermehrung von Talkshows“ wenig bewirke und nichts entscheide. Viele Trends

im Fernsehen hält Lammert ohnehin „eher für Fehlentwicklungen als für Errungenschaften“. Sehr differenziert denkt er über die Medien und ihr Verhältnis zur Politik nach. Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Internets fragt er nach den Folgen für das Urteilsvermögen der Bevölkerung. Denn im Internet werde das Informationsbedürfnis nur höchst selektiv befriedigt, moniert er, während Zeitungen begründete Berichterstattung, Kommentierungen und Analysen böten – und damit unverzichtbar für die Demokratie seien.

Transformation zur Demokratie

Wie sich die DDR zur Demokratie des Grundgesetzes transformierte, ist das Thema der politischen Memoiren von Lothar de Maizière. Als der erste demokratisch gewählte und zugleich letzte Ministerpräsident der DDR hat er auf ostdeutscher Seite vom 12. April bis 2. Oktober 1990 den Prozess der deutschen Einigung maßgeblich gestaltet. In seinen Erinnerungen wird deutlich, dass die erfolgreich vollzogene Einigung keineswegs – wie das heute *ex post* scheinen mag – selbstverständlich war oder glatt ablief. Vielmehr war sie ein sehr mühsamer Weg mit zahlreichen

Widerständen, Hindernissen, Stolperdrähten und Fallgruben.

Typisch dafür war etwa ein politischer Eindruck bei seinem Moskau-Besuch im April 1990, bei dem ihn Angela Merkel als stellvertretende Regierungssprecherin begleitete. Er bat sie, einmal „die Stimmung im Lande“ zu erspüren, wie die normalen Menschen in Moskau zur deutschen Einheit stehen: „Sie kam von ihrer Tour zurück und schilderte entsetzt“, so erinnert sich de Maizière, „dass viele Leute sagten: ‚Stalin hat den Zweiten Weltkrieg gewonnen, Gorbatschow ist dabei, ihn zu verlieren.‘“

Den aus heutiger Sicht gern illuminierten Runden Tisch hält de Maizière für einen „Mythos“. Es gehöre schlicht zur „Legendenbildung“, dass es eine Verfassung des Runden Tisches gegeben habe. Die Gruppe *Bündnis 90* habe dazu lediglich einen Entwurf vorgelegt, über den der Runde Tisch aber nie entschieden habe. Die Sitzungen hätten zunächst einen chaotischen Verlauf genommen, was de Maizière dazu veranlasst habe, eine Geschäftsordnung für den Runden Tisch zu entwerfen. Seine Mitglieder seien mehrheitlich davon ausgegangen, dass die DDR „noch eine längere Zeit Bestand haben würde“, und trotz Helmut Kohls Zehn-Punkte-Plan

sei die deutsche Einheit „kein Thema“ am Runden Tisch gewesen.

Seine Mitglieder hätten an ihm zwar die Demokratie eingeübt, aber die „geradezu euphorische Verklärung“ des Runden Tisches kann de Maizière „nicht teilen“. Denn seine Mitglieder seien nicht durch freie Wahlen legitimiert gewesen, und es seien „unrealistische Vorstellungen“ über den weiteren Verlauf der Geschichte der DDR entwickelt worden, die weder mit der ökonomischen Realität noch etwas mit „der Befindlichkeit der Menschen“ der DDR zu tun gehabt hätten.

Während seiner Amtszeit als letzter DDR-Ministerpräsident pflegte de Maizière ein recht gutes und vertrauensvolles Verhältnis mit Richard Schröder, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion in der Volkskammer (in dieser Ausgabe mit einem Beitrag auf Seite 46 vertreten, Anmerkung der Redaktion), mit dem er sich – das enthüllt er in seinem Buch – sogar öfter heimlich abends traf, um die politische Linie abzustimmen. Beim Vorwurf, er sei von der Stasi als inoffizieller Mitarbeiter unter dem Decknamen „Czerni“ geführt worden, bleibt er bei seiner bisherigen Position, wonach er als DDR-Anwalt natürlich mit der

Stasi zu tun gehabt hat – aber mehr auch nicht.

Einblicke in den „Maschinenraum“

Einen faszinierenden Einblick in die Werkstatt der Demokratie eröffnet Joachim Linck. Seit dem 25. September 1990 bis 2005 war er zunächst als Aufbauhelfer aus Rheinland-Pfalz und dann als Direktor des Thüringer Landtags tätig. Die Entscheidung, nach Erfurt zu gehen, sieht er heute – zwanzig Jahre später – als „die glücklichste berufliche Entscheidung meines Lebens“. In seinem Buch, einer Verschmelzung von Memoiren, Zeitgeschichte und brillanter politikwissenschaftlicher Analyse, wird nicht nur die staatliche Vorderansicht mit Fahnen und Sonntagsreden, sondern zugleich die Hinteransicht mit Einblicken auch in den Maschinenraum der Demokratie geboten.

Für Linck war die Hilfe beim Aufbau des Thüringer Landtags zunächst ein gewisses Abenteuer, aber mehr noch „eine fast missionarische Aufgabe, Demokratie und Rechtsstaat zu ‚predigen‘ und zu verbreiten“. Denn als er 1990 kam, stieß er auf die politische Kultur des rabiaten Zentralismus der SED-Parteiherrschaft: „Was Berlin befahl, wurde geradezu sklavisch befolgt.“ Linck setzte dagegen „das

Beispiel eines gelebten, selbstbewussten Föderalismus“. Daneben sah er seine Aufgabe darin, die praktischen Voraussetzungen für die Parlamentsarbeit zu schaffen, eine neue politische Kultur einzuführen und alle erforderlichen Rechtsnormen vorzubereiten: von einer „vorläufigen Rumpfverfassung“ über eine Geschäftsordnung bis zum Abgeordnetengesetz.

Kritisch merkt er an, dass sich die Thüringer Abgeordneten besonders für Hessen als Vorbild interessiert hätten, weil sich „dort die meisten und dicksten Rosinen im Diätenkuchen befanden“. Auch sonst ist Linck ein eigenständiger Geist; er kritisiert „die übliche Thüringer Leier aus Patriotismus und Selbstüberschätzung“ und plädiert für einen Landtag als „Feierabendparlament“ mit gekürzten Diäten, weil so auch beruflich stark angespannte Personen kandidieren könnten, die sich aus zeitlichen Gründen bei einem Parlament mit Berufsabgeordneten kein Mandat leisten könnten. Zudem sieht er die Gefahr, dass Berufsabgeordnete ihre Unabhängigkeit verlieren und ihr Handeln „zu stark eigennützig und nicht ausschließlich gemeinwohlorientiert“ ausrichten.

Im Rückblick bilanziert Linck, die alte Bundesre-

publik sei „auf die Wiedervereinigung Deutschlands und damit auf eine Aufbauhilfe Ost in keiner Weise vorbereitet“ gewesen. Nüchtern stellt er fest, der Aufgabenbereich der Landtage sei „heute nicht mehr groß“. So habe ein Landtag beim Haushalt nur noch einen Gestaltungsspielraum von fünf bis sieben Prozent der Gesamtsumme – eingengt von den „goldenen Zügeln“ des Bundes und der Europäischen Union. Zudem sollte sich der Staat „nicht in alle möglichen gesellschaftspolitischen Bereiche hineindrängen“, sondern das so oft beschworene Subsidiaritätsprinzip ernst nehmen.

„Wem gehört 1989?“

Wie Erfurt ist auch Helmstedt eine alte deutsche Universitätsstadt. Daran knüpfen die „Helmstedter Universitätstage“ an, aus denen der von Martin Sabrow edierte Band mit sieben verschiedenen Beiträgen hervorging. Sabrow wirft darin die Frage auf: „Wem gehört 1989?“ Jetzt könnte man schnell antworten: „Den 1989ern“, also den mutigen Menschen, die die Mauer zum Einsturz brachten. Aber die Antwort erweist sich als vertrackt, wenn man danach fragt, wer diese Akteure waren. Sabrow betont, dass es recht unter-

schiedliche Akteursgruppen gab, wobei jede von ihnen „auf eine Veränderung, aber keine auf den Sturz des Systems hingearbeitet“ habe.

Wem „1989“ gehöre, hänge heute weniger davon ab, „wer damals an entscheidender Stelle handelte, sondern wer danach die Deutungshoheit erlangte“. Hier macht Sabrow einen „scharfen Bruch innerhalb des Umbruchs“ aus, als nämlich die oppositionellen Reformer mit dem Fall der Mauer ihre kurzzeitige Dominanz an die Dynamik einer Volksbewegung verloren, „die nicht mehr einen Dritten Weg suchte, sondern den ersten Weg in den Westen“, also zu der von Helmut Kohl organisierten Wiedervereinigung.

Ralph Jessen macht sich Gedanken darüber, wie der Zusammenbruch der SED-Diktatur zu erklären ist. Denn schließlich rechnete im Herbst 1989 niemand damit, dass „die scheinbar unerschütterliche kommunistische Herrschaft binnen weniger Wochen von der Bildfläche verschwinden“ würde und dass innerhalb eines Jahres die deutsche Teilung aufgehoben würde.

Jessen diagnostiziert, zentrale Pfeiler der SED-Diktatur seien morsch geworden: Die Absicherung durch die Sowjetunion funktionierte nicht mehr,

Gorbatschow hatte die Breschnew-Doktrin für obsolet erklärt, die Absicherung gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik war durchlöchert, per Fernsehen gab es die allabendliche Republikflucht nach Westen, die Herrschaftsrechtfertigung der SED gegenüber der eigenen Bevölkerung war delegitimiert, ihr propagiertes Modernitätskonzept war angesichts einer rückständigen Industrie und verfallender Altstädte unglaubwürdig geworden, und das beanspruchte Politikmonopol der SED-Staatspartei ließ sich nicht mehr aufrechterhalten.

Zudem war der Untergang des SED-Regimes nicht vom Untergang der DDR als Staat zu trennen. Östlich der Elbe hatte sich weder eine bindungskräftige „Nationalidentität“ herausgebildet, noch hatte – resümiert Jessen – „die revolutionäre Bewegung eine mehrheitsfähige Utopie entwickeln können“. Das lag wohl auch daran, wie Edgar Wolfrum meint, dass die kulturellen Eliten zwar bravourös gegen die Diktatur aufbegehren konnten, „aber sie waren außerstande, wirtschaftliche Alternativen einzupflanzen“. Wolfrum betont, man müsse Demokratie und Diktatur auch heute in der historischen Bewertung und normativ klar trennen.